

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 1.75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 43 mm breite Nonpareille-
zeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Reklameteil
22 mm breit 50 Bfg.

Fernsprecher Nr. 2707 — Geschäftsstelle, Redaktion und Druckerei: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24

Postfachkonto: Frankfurt am Main 398 64.

Nr. 264

Dienstag, den 10. November 1931.

6. Jahrgang.

Wichtige Wirtschaftsverhandlungen. Reichskabinettsitzung. Die Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates.

Das Reichskabinetts war am Montag den ganzen Tag über verammelt, um über die Vorklagen zu beraten, die von den zuständigen Ministerien ausgearbeitet worden sind und den beiden Ausschüssen des Wirtschaftsbeirates vorgelegt werden sollen. In dem Beginn der Beratungen dieser Ausschüsse ist eine etwa zehntägige Verzögerung eingetreten, weil inzwischen der Stillschaltungseingestell werden mußte. Der Ausschuss 1 (für Produktionskosten und Preise) tagt unter dem Vorsitz des Kanzlers oder des Reichsarbeitsministers, während dem Ausschuss 2 (für Kredit und Zins) Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister vorstehen.

Jeder der beiden Ausschüsse hat 12 Mitglieder. Der Ausschuss 1 setzt sich folgendermaßen zusammen: von der Industrie: Geheimrat Ernst v. Borlig, Generaldirektor Dr. Bögl und Fabrikdirektor Witzge-Dresden; von Arbeitnehmern: Gewerkschaftsführer Peter Graumann (Freie Gewerkschaften), Bernhard Otte (Christl. Gewerkschaften) und Max Köhler (Hirsch-Dunder); von der Landwirtschaft: Präsident Dr. Brandes, ferner für den gewerblichen Mittelstand und andere Berufe: Maurer- und Zimmermeister Robert Groß-Königsberg, Kaufmann Dr. Grund-Breslau, Papierfabrikant Haindl-Augsburg, Kaufmann Körner Berlin und Bäckermeister Pflugmacher-Magdeburg. — Die Mitglieder des Ausschusses 2 sind: für die Arbeitnehmer: Otto Suhr (Ipsa), Wilhelm Eggert (Freie Gewerkschaften) und Hegewald (Christl. Gewerkschaften); für die übrigen Berufsstände: Geheimrat Cuno von der Hapag, Kaufmann Dr. Dr. Handelsberger-Oefflingen in Baden, Wagenbaumeister Heder-Düsseldorf, die Gutbesitzer Dr. Holtmeier-Linen und von Oppen-Dannenwalde, Direktor Pferdenges-Köln, Generaldirektor Dr. Schmitt (Allianz); Geheimrat Schmitt (J.G.-Farben) und Dr. Silberberg-Köln.

Zur Frage der Preisentwertung, von der ein Berliner Blatt behauptet, sie sei mit 20 Prozent geplant, wird halbamtlich mitgeteilt, daß die Reichsregierung bereits seit langem sich mit der Frage der Preisentwertung beschäftigt hat. Von einer zahlenmäßigen Festlegung dieser Preisentwertung könne aber augenblicklich noch nicht gesprochen werden. Es handle sich zunächst lediglich um Vorschläge und es werde Aufgabe des Wirtschaftsbeirates sein, die Maßnahmen dazu im Einzelnen zu prüfen.

Die Erwerbslosen-Siedlung.

Der Reichstagsausschuss für das Siedlungswesen trat am Montag zur Beratung der Richtlinien für die Siedlung zusammen. Einleitend gab der neue Reichs-Siedlungskommissar Dr. Saßen den Inhalt der Richtlinien der Reichsregierung für die Siedlung bekannt. Er ließ jedoch die Sitzung für vertraulich erklären. Die Richtlinien liegen dem Ausschuss noch nicht schriftlich vor.

Im Übrigen erklärte der Kommissar, man dürfe die Erwartungen nicht zu hoch spannen. Er nannte eine Zahl von 20 000 Erwerbslosen, die zunächst einmal im Wege der vorläufigen Kleinsiedlung untergebracht werden sollen.

In der Aussprache beschwerten sich Redner verschiedener Richtung darüber, daß sie zu einem Siedlungsprogramm Stellung nehmen sollen, das sie kaum in großen Zügen kennen. Nach dem offiziellen Bericht über die Ausschusssitzung wurden in der Aussprache die Maßnahmen der Regierung begrüßt, ohne daß man sich einen nennenswerten über das Maß der Hilfe ... eigenen Haushalt hinausgehenden wirtschaftlichen Erfolg versprach. Man sah die Hauptvorzüge in Hebung der seelischen Verfassung der Erwerbslosen, in der wesentlichen Besserung ihrer Haushaltskosten und in einer Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände von ihren sozialen Leistungen.

Die Aussprache über die Richtlinien für die vorläufige Siedlung wurde abgeschlossen, ohne daß der Ausschuss Beschlüsse faßte. In seiner nächsten Sitzung, am 1. Dezember wird sich der Ausschuss mit der landwirtschaftlichen Siedlung und mit Petitionen beschäftigen.

Von diesen Petitionen erwähnen wir: Der Reichsverband des Deutschen Handwerks wendet sich in seiner Eingabe gegen die Absicht, die Ausführung der für die Siedlung notwendigen Bauten durch Erwerbslose Bauarbeiter vornehmen zu lassen. Eine Rücksichtnahme des selbständigen Baugewerbes würde nur dazu führen, daß öffentliche Regierungsarbeit Platz greifen würde, wodurch einerseits eine Konkurrenz für das selbständige Gewerbe geschaffen würde, und andererseits laur die Gewähr für sparsamste Verwendung der öffentlichen Mittel geboten wäre. Es sei auch nicht der richtige Weg

wenn erhebliche Aufträge von Holzhäusern an einige wenige Großfirmen vergeben würden. Zahlreiche Betriebe des Zimmerhandwerks könnten solche Holzbauten zu den gleichen Bedingungen und in gleicher Qualität herstellen. Schließlich verlangt die Eingabe die Heranziehung von Vertretern des Bauhandwerkes zur gutachtlichen Beratung des Reichs-Siedlungskommissars.

Eine Eingabe des Bundes Deutscher Architekten verlangt, daß die Aufstellung der Siedlungsprogramme von den örtlichen Siedlungen selbst ausgehen muß und daß für ihre Aufstellung und Durchführung an Ort und Stelle freie Kräfte beauftragt werden, die allein eine organische Lösung der Schwierigkeiten finden und die Fehlerquellen einer schematischen Abwicklung ausschalten können.

Verwaltungsratsitzung der Reparationsbank.

Basel, 9. November.

Der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hielt am Montag seine 16. Sitzung ab. Er setzte einen Unterausschuss ein, der mit der Leitung der Bank die bei den Einlage- und Bankgeschäften der BIZ zu befolgenden Richtlinien besprechen soll. Diefem Ausschuss gehören an: von der Deutschen Reichsbank Geheimrat Oberfinanzrat Dr. Bock, ferner sind vertreten England durch Gouverneur Normann, Italien durch Prof. Beneduce, Frankreich durch Garnier und Belgien durch Grand.

Der Ausschuss hat den Auftrag, zusammen mit der Leitung der BIZ, die Frage der Golddevisen zu klären und Richtlinien für die zukünftige Haltung der BIZ festzulegen, hauptsächlich auch im Hinblick auf die Rückwirkungen, die sich aus der Abkehr verschiedener Länder vom Goldstandard ergeben haben. Die Frage der Annäherung der verschiedenen Devisenbewirtschaftungssysteme wird von der BIZ selbst nicht weiter verfolgt werden.

Noch kein neuer Kredit für Oesterreich.

Ueber die Sitzung des Verwaltungsrats der BIZ, wird noch berichtet: Hinsichtlich des Oesterreich zu gewährenden neuen Kredites in Höhe von 60 Millionen Schilling hat der Verwaltungsrat den Bericht des BIZ-Verbands-Finanzfachverständigen Prof. Bruins über die Lage in Oesterreich zur Kenntnis genommen, daß bei dem augenblicklichen Stand der monetären Lage Oesterreichs die Gewährung eines solchen Kredites nicht einen bringlichen Charakter hat.

Der Verwaltungsrat will vielmehr das Ergebnis der Reformen abwarten, die seitens der österreichischen Regierung in Vorbereitung sind. Außerdem soll abgewartet werden, in welcher Weise die Ratschläge der hinzugezogenen internationalen Organe ausgewertet werden.

Schließlich erledigte der Verwaltungsrat, der am 14. Dezember wiederum in Basel zusammentreten wird, noch bankmäßige Angelegenheiten. Unter anderem nahm er zur Kenntnis, das Einverständnis der Bank von England, der Bank von Frankreich und der Bundes Reservebank von New York hinsichtlich ihrer Beteiligungen an dem der Reichsbank gewährten Dreimonatskredit, dessen Erneuerung in der letzten Sitzung vorbehaltlich der Zustimmung dieser Banken beschlossen worden war.

Der Konflikt im Fernen Osten.

Japan erklärt den Vormarsch in der Mandchurei für beendet.

Genf, 9. November.

Der Vertreter Japans in Paris Yoshijawa, hat den Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch gebeten, den Mitgliedern des Rates mitzuteilen, daß nach einem Telegramm seiner Regierung die japanischen Truppen den Vormarsch in der nördlichen Mandchurei nach der Besetzung Tashings am 6. November eingestellt hätten. Ebenso seien auch die später entsandten Verstärkungstruppen angefordert worden. Die japanische Regierung betont erneut, daß der Vormarsch ihrer Truppen an den Konflikt lediglich erfolgt sei, um den Wiederaufbau der von Chinesen zerstörten Brücke zu sichern. Die Wiederherstellungsarbeiten würden ungefähr zwei Wochen dauern. Die Regierung sei fest entschlossen, die Truppen zurückzuziehen sobald die Brücke wieder instandgesetzt sei.

Die Meldungen aus Mufden bejagen, soll der aus acht Personen bestehende Ausschuss für öffentliche Sicherheit, der dort am 18. September die Gemeindeverwaltung übernommen hat, eine Proklamation veröffentlicht haben, in der die Beziehungen mit dem Gouverneur der Mandchurei Tchang-shüang für abgebrochen erklärt und die Unabhängigkeit der ganzen Provinz von der Nanjingregierung verkündet wird. Der Ausschuss, an dessen Spitze Quantschintai steht, habe erklärt, er übernehme vorläufig die Verwaltung der Provinz.

Hetiger Kampf.

Tokio, 9. November.

Wie die Zeitung „Asahi“ meldet, soll der chinesische General Matschangshan das Feuer gegen die japanischen Stellungen um Tashing eröffnet haben. Ein schwerer Kampf sei im Gange. Bis jetzt ist keine amtliche Bestätigung dieser Meldung eingetroffen.

Ausbreitungen in Tientsin.

Peking, 9. November.

Im Chinesenviertel Tientsin, das an die japanische Konzession grenzt, ist es nach einer Mitteilung des Marichalls Tchangshuallang zu schweren Ausschreitungen gekommen.

Ein Pöbelhaufen von insgesamt 1000 bis 2000 Mann habe in später Abendstunde die chinesischen Polizeistationen und anscheinend auch die Residenz des Gouverneurs und die Eisenbahnstation angegriffen. Nach Mitternacht sei noch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer im Gange gewesen. Bisher sei die chinesische Polizei imstande, die Angreifer abzuwehren, doch habe Marichall Tchangshuallang von Peking aus, einen Panzerzug abgefordert. Die auswärtigen Truppen im Fremdenviertel werden in Bereitschaft gehalten. Ein japanischer Soldat soll durch eine Bombe getötet worden sein.

Unbestätigte chinesische Gerüchte behaupten, Japaner hätten den Pöbel bewaffnet und geführt. In chinesischen Kreisen befürchtet man, daß die Japaner Truppen zur Beilegung von Tientsin entsenden.

Deutsche Tageschau.

Der Reichsfinanzminister über die Bankensituation.

In einer Rede zu Darmstadt sagte Reichsfinanzminister Dietrich u. a., die Inhaber der in Schwierigkeiten geratenen deutschen Banken seien für die Banken mit ihrem letzten Pfennig verantwortlich. Auch die Direktoren sowohl der Darmstädter als der Dresdener Bank hätten bei der Stützung ihrer Unternehmungen einen Teil ihres Vermögens eingebüßt. Wenn es nicht gelungen wäre, den Zusammenbruch der Banken aufzuhalten, würde heute in Deutschland ein Bankwesen nicht mehr existieren und der Zusammenbruch der Banken hätte die Genossenschaften und die Sparkassen in Mitleidenschaft gezogen.

Stadtverordnetenwahlen in Bremerhaven.

In Bremerhaven fanden Stadtverordnetenwahlen statt; sie hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 3799 Stimmen, 11 Sitze (bisher 15), Staatspartei 509 Stimmen, einen Sitz (4), Zentrum 327 Stimmen, einen Sitz (1), Wirtschaftspartei 649 Stimmen, drei Sitze (6), Nationalsozialisten 9 Sitze (0), Deutschnationale 1275 Stimmen, vier Sitze (1928: in der Bürgerl. Vereinigung), Kommunisten 1847 Stimmen, fünf Sitze (2), Bürgerliche Vereinigung 549 Stimmen, zwei Sitze (8). Die Wahl ist ruhig verlaufen.

Die Sitzung des Verwaltungsrates der BIZ.

Basel, 9. Nov. Die Sitzung des Verwaltungsrates der BIZ am Montag dauerte nur zwei Stunden. Die Gewährung eines 60-Millionen-Schilling-Kredites an Oesterreich, den die Bank von Frankreich der BIZ zur Ablösung eines Teils des von der Bank von England gewährten Kredites geben wollte, ist vertagt worden, weil nach Ansicht des Verwaltungsrates „die Gewährung eines solchen Kredites nicht den Charakter der Eile habe“.

Da gewisse Reformen von der österreichischen Regierung gemeinsam mit den internationalen Organen in Angriff genommen worden sind, so hält es der Verwaltungsrat für vorteilhaft, erst ein gewisses Ergebnis dieser Reformen abzuwarten.

20000 Kleinfiedler.

Die Richtlinien für die Erwerbslosenfiedlung
Berlin, 10. November.

Nach dem Entwurf der Richtlinien für die vorstädtische Kleinfiedlung, den der neue Reichskommissar Dr. Saale dem Siedlungsausschuß des Reichstages vorlegte, soll die Durchführung des ganzen Projekts in die Hände der Gemeinden und Gemeindeverbände gelegt werden, die ihrerseits die schon bestehenden Wohnungs-Fürsorge-Gesellschaften und die gemeinnützigen Wohnungsbau- und Siedlungsunternehmungen mit dieser Aufgabe betrauen können.

Aus Sparsamkeitsgründen sollen in erster Linie schon im öffentlichen Besitz befindliche Grundstücke beliehrt werden, die so liegen, daß die Siedler später wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen können.

Die einzelnen Stellen sollen etwa 600 bis 5000 Quadratmeter groß sein und im Wege der Erbpacht, des Erbbaurechts oder als Eigentum ähnlich wie Rentengüter vergeben werden.

Die vorbereitenden Arbeiten und der Aufbau der Siedlungen sollen durch Erwerbslose vorgenommen werden, und zwar hauptsächlich durch Gruppen von Arbeitsdienstfreiwilligen. Die daran beteiligten Erwerbslosen kommen später als Siedler in Frage, soweit sie und ihre Familienangehörigen für die Bewirtschaftung einer Stelle überhaupt geeignet sind, wobei langfristig Erwerbslose und Kinderreiche bevorzugt werden. Die Wohn- und Stallgebäude sollen so einfach wie möglich und nur aus inländischen Baustoffen hergestellt werden; auf die Holzbaumweise wird dabei besonders hingewiesen.

Die Gesamtkosten sollen — abgesehen vom Grundstücks-wert — nicht über 3000 Mark für jede Stelle hinausgehen. Die Darlehen des Reiches werden höchstens je 2500 Mark betragen und von dem Jahre nach der ersten Ernte an mit höchstens zwei Prozent verzinslich und mit einem Prozent rückzahlbar sein.

Wie weiter verläuft, stehen zunächst 50 Millionen Mark für die vorstädtische Kleinfiedlung an Reichsgeldern zur Verfügung. Damit hofft man, einstweilen 20 000 Erwerbslose als Kleinfiedler ansetzen zu können. Die Absicht ist dabei, die Beschaffung des Lebensunterhaltes für die Familien der Erwerbslosen zu erleichtern, so daß später einmal die Fürsorgelasten für sie geringer werden könnten.

Auslands-Rundschau.

Verlagung des englischen Parlaments um zwei Monate?

Die Londoner Blätter erwarten, daß das neue englische Parlament sich nach kurzer Sitzung um ungefähr zwei Monate vertagen wird. Während dieser Zeit soll die Frage untersucht werden, mit welchen Mitteln die Handelsbilanz gebessert werden kann. In der konservativen Presse wird die Möglichkeit erwähnt, daß die Regierung um Bollmacht ersuchen wird, durch Kabinettsverordnungen die Einfuhr von Luxusgegenständen und solche Waren, deren Preise mit gleichwertigen englischen Waren ungefähr übereinstimmen, durch Abgaben einzudämmen oder überhaupt zu verbieten.

Neue judenfeindliche Ausschreitungen in Warschau.

An verschiedenen Punkten der Stadt Warschau kam es zu neuen judenfeindlichen Ausschreitungen. Nationaldemokratische Studenten durchzogen die Stadt und drangen in Straßenbahnwagen, um jüdische Mitfahrer aus den Wagen zu entfernen. Die Polizei ging gegen die polnischen Studenten energisch vor und stellte über 100 Personen fest.

Zwischenfälle in spanischen Städten.

Wie aus Madrid berichtet wird, haben sich in Burgos und Valencia Zwischenfälle und Zusammenstöße ereignet. Aus Burgos wird gemeldet, daß eine Menge von etwa 2000 Personen vor das Regierungsgebäude gezogen sei und die Zurückziehung von Gendarmeriestreitkräften verlangt habe, die eingesetzt worden waren, um die Ruhe in der Stadt wieder herzustellen. Zwischen den Gendarmen und dem Volk kam es zu einem Handgemenge. Sechs Personen wurden schwer verletzt. Eine alte Frau wurde durch eine verirrte Kugel getötet. Die Zwischenfälle in Valencia sollen der Ausgang einer Kundgebung der katholischen und Landwirte-Partei zugunsten der Revision der spanischen Verfassung gewesen sein. An der Veranstaltung sollen mehr als 15 000 Personen teilgenommen haben.

Winterhilfe 1931/32.

Aufruf der bayerischen Staatsregierung.

München, 10. November.

Die bayerische Staatsregierung wendet sich mit folgendem Aufruf an das bayerische Volk:

Am November 1930 hat die bayerische Staatsregierung den Ruf zur Durchführung einer „Winterhilfe 1930/31“ ergehen lassen. Dieser Aufruf hat lebhaften Widerhall gefunden und große Erfolge erzielt. Der gegebenen Anregung entsprechend haben sich durchs ganze Land hin örtliche Organisationen zur Durchführung einer großen Hilfsaktion gebildet und durch die Ergebnisse dieser Winterhilfe konnte vielen Tausenden von Notleidenden geholfen, konnten viele Tränen getrocknet werden.

Nun stehen wir wieder vor einem Winter mit noch ernstern Sorgen, mit noch größerer wirtschaftlicher Bedrängnis.

Die bayerische Staatsregierung richtet deshalb neuerdings an die gesamte Bevölkerung Bayerns die dringliche Bitte, zur Linderung der Not nach Kräften mitzuhelfen. Die Not und das Elend dieses Winters können nur überwunden werden, wenn alle Kräfte angespannt werden, wenn die öffentliche Fürsorge, die freie Wohlfahrtspflege und alle Einzelnen, die nicht selbst der Hilfe bedürfen, zusammenwirken. So ergeht der Appell an alle, die helfen können, an Einzelpersonen und Firmen, Gesellschaften, Anstalten, Vereine und Körperschaften zusammen mit den Organen der öffentlichen Fürsorge und den Kräften der freien Wohlfahrtspflege, die Not dieses Winters zu lindern. Die Hilfe darf sich nicht erschöpfen in einer einmaligen Spende, das Helfen muß dauernd sein, bis die Mangel der Not überwunden sind.

Die wertvollste Hilfe ist und bleibt die Schaffung von Arbeit. Wer dem Handwerksmeister Arbeit gibt, wer dem Geschäftsmann einen Auftrag zukommen läßt, wer eine Arbeitskraft den Winter über durchhält, leistet die beste Hilfe. Dazu aber müssen Spenden kommen, in Naturalien und in Geld! Jeder, der nicht selbst in Not ist, muß geben nach besten Kräften!

Die Durchführung der Hilfsaktion muß, wie im Vorjahre, in der Hauptsache den örtlichen Organisationen der öffentlichen Fürsorge und der freien Wohlfahrtspflege überlassen bleiben. Die Verbände der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes, sonstige Einrichtungen, einzelne Firmen, Betriebe und Personen haben sich bereits in großer Zahl dem Hilfsdienst zur Verfügung gestellt, und in Stadt und Land ist der Zusammenschluß der öffentlichen Fürsorgestellen und der freien Wohlfahrtspflege zu gemeinsamer planmäßiger Arbeit, wie im letzten Winter, vollzogen. Den Fürsorgestellen ist allgemein die Ermächtigung erteilt, in ihrem Bereich Sammlungen jeder Art durchzuführen oder durch andere Organisationen durchführen zu lassen.

Möge das bayerische Volk in allen seinen Schichten und in allen Gauen des Landes bei Durchführung der „Winterhilfe 1931/32“ den neuen Beweis einmütiger Zusammenarbeit und selbstlosen Opferfinnes geben!

München, 6. November.

Das Gesamtministerium: Dr. Held, Ministerpräsident; Gürtner, Staatsminister der Justiz; Dr. Stützel, Staatsminister des Innern; Dr. Goldenberger, Staatsminister für Unterricht und Kultus; Staatsrat Schäffer, Leiter des Staatsministeriums der Finanzen; Funke, Staatssekretär für Landwirtschaft und Arbeit, Abteilung Arbeit.

4 Arbeiter im Steinbruch erschlagen.

Pirmasens, 10. November.

Ein furchtbares Unglück hat sich am Montag-Spätmittag in einem nahe bei Haueneßlein gelegenen Steinbruch ereignet. Es wurden dort mehrere Felsprengungen vorgenommen. Einer der Sprengschüsse ging zwar los, brachte aber den Felsen nicht sofort zum Fallen.

Als sich vier Arbeiter der Sprengstelle näherten, um sich über die Sprengwirkung Aufschluß zu verschaffen, löste sich plötzlich der Felsen und begrub sämtliche vier Mann unter sich. Am späten Abend war man noch mit der Aufräumung der gewaltigen Felsmassen beschäftigt, um die Verköhlten bergen zu können. Es ist aber nicht anzunehmen, daß einer von ihnen mit dem Leben davon gekommen ist.

Kommunisten und Reichswehr.

Eine Erklärung des Wehrministeriums. — Erhöhte Tätigkeit der Kommunisten.

Berlin, 9. November.

Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zersetzungs-tätigkeit außerordentlich an Umfang und Intensität zugenommen.

Seit Mitte Juli dieses Jahres sind nicht weniger als 40 verschiedene kommunistische Zersetzungschriften sowie zahlreiche Plakate und Zettel der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden. In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zettelverleiher im gleichen Zeitraum von der Truppe auf freier Tat ertappt und der Bestrafung zugeführt werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Zersetzungs-tätigkeit nach wie vor nicht beschieden gewesen. Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beeinflussung unterlagen, ist ver-schwindend gering. Die Truppe wird auch in Zukunft allen weiteren Zersetzungsversuchen mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegengetreten.

Zur energischen Abwehr der gesteigerten Zersetzungsarbeit der KPD. enthält bereits die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erheblich verschärfte Strafbestimmungen. — Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen zurzeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Um Reparationen und Kredite.

Botschafter Poncet in Paris.

Paris, 9. November.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, der auf Veranlassung des französischen Ministerpräsidenten Laval nach Paris gereist ist, wurde von Laval und Briand empfangen.

Wie der „Matin“ hervorhebt, sei die Reise des französischen Botschafters in Berlin, Poncet, nach Paris nicht dadurch veranlaßt worden, daß über neue Vorschläge des Reichstanzlers diskutiert werde; Botschafter Poncet sei von Laval nach Paris berufen worden, weil der französische Ministerpräsident sich über die Unterredungen unterrichten wollte, die Poncet in Berlin hatte, und weil er ihn über seine Verhandlungen mit Botschafter von Hoeßli orientieren wollte. Botschafter Poncet habe von Ministerpräsident Laval alle notwendigen Direktiven erhalten.

England und die Neuregelung der Reparationen.

„Echo de Paris“ beschäftigte sich mit der Stellung Englands zu dem Problem der Neuregelung der Schulden- und Reparationsfrage. Es schreibt: Deutschland regne mit der Unterstützung Englands. Die Stellungnahme Englands habe sich seit Entwertung des Pfund Sterling geändert. Man dürfe nicht vergessen, daß England von Deutschland nur entwertete Pfund Sterling als Zahlung erhalten würde, aber selbst an Amerika Gold dollar zahlen müßte.

Wahlen in Südslawien.

Nur noch ein Vertreter der deutschen Minderheit gewählt.
Belgrad, 9. November.

In Südslawien fanden Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt, das seit Einführung der Diktatur aufgelöst war.

Da sich die in einem oppositionellen Block vereinigten ehemaligen Parteiführer an den Wahlen nicht beteiligt hatten, stand es von vornherein außer Zweifel, daß die Regierungskliste alle Mandate bekommen werde. Die Frage war, angesichts der von der Opposition ausgehenden Wahlenthaltungsparole, nur, wie groß die Wahlbeteiligung sein würde. Diese soll nach amtlichen Angaben im ganzen Staate immerhin 70 Prozent betragen haben, doch fehlen nähere Angaben über die Wahlbeteiligung besonders in den kroatischen Gebieten.

Größtes Erstaunen muß die Tatsache hervorrufen, daß die deutsche Minderheit, der von der Regierung ohnehin nur sechs Bezirkskandidaturen zugesandt waren, nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen nur ein einziges Abgeordnetenmandat erhält. Gewählt ist nur der Führer der deutschen Minderheit Dr. Kraft, während die in überwiegend deutschen Bezirken aufgestellten übrigen deutschen Kandidaten ihrem persönlichen Gegenkandidaten unterlegen erscheinen.

Letzte Nachrichten.

Parteitag der französischen Radikalen.

Paris, 10. Nov. Der Parteitag der radikalen Partei stimmte einer Erklärung zu, in der es heißt, die Partei sei leidenschaftlich dem Frieden ergeben. Sie sei überzeugt, daß das stets wachsende Wirtschaftselend den Beweis von der Notwendigkeit der Weltfriedensarbeit der Interessen erbringe. Also müßten auch die Hilfsmittel von allen in Not befindlichen Völkern gemeinsam gesucht werden. Die Partei habe Vertrauen zu dem Gedanken der deutsch-französischen Zusammenarbeit, der europäischen und der Weltzusammenarbeit. Weiter wird verlangt, daß sich Frankreich vergewissern müsse, durch seine Unterstützung unglücklicher Völker nicht Konkurrenten groß zu ziehen. Die Parteierklärung betont, dann noch den Willen des französischen Volkes nach Abrüstung.

Anschlag auf ein Kloster.

Wien, 10. Nov. In der Nacht erschien bei dem Pförtner eines Franziskanerinnenklosters, in der Nähe der Station Schögenbrunn an der Westbahn ein unbekannter Mann, der dem Pförtner zur Besorgung an die Oberin einen Zettel über-gab, in welchem er von dieser die sofortige Auslösung von 5000 bis 10 000 Schilling verlangte, widrigenfalls das Kloster geplündert und dem Erdboden gleichgemacht werden würde. Während der Pförtner sich zur Oberin begab, wurden von dem Mann und seinen Begleitern etwa 100 Fenstersteine zertrümmert. Das Kloster setzte sich sofort mit der Gendarmerie in Verbindung, doch konnten die Täter im Dunkel der Nacht entfliehen.

Gandhi wird zurückberufen.

Seine indischen Freunde wünschen seine Rückkehr

Bombay, 10. November.

In einer vierstündigen außerordentlichen Sitzung des Arbeitsausschusses der indischen Freiheitspartei — Kongreßpartei — wurde der Beschluß gefaßt, Gandhi mitzuteilen, daß seine weitere Anwesenheit bei der Rundtisch-Konferenz unnötig erscheine.

In dem Telegramm an Gandhi wurde ferner seine Aufmerksamkeit auf die sich schnell verschlechternde Lage in Bengalen, der nordwestlichen Grenzprovinz, und an anderen Orten gelenkt. Es wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß seine baldige Rückkehr nach Indien wünschenswert und eine lange Reise durch den europäischen Kontinent unnötig sei. Gandhi erhielt die Nachricht in Oxford, wo er inmitten von Freunden den Tag verbrachte.

Die Bombenattentate in Holstein.

Beginn der Revisionsverhandlung.

Leipzig, 9. November.

Die Revision im Altonaer Bombenlegerprozeß vor dem 3. Straßsenat des Reichsgerichtes begann unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats von Rientz. In der mehr als zweimaligen Verhandlung beim außerordentlichen Schwurgericht in Altona, die am 31. Oktober 1930 endete, waren gegen die Angeklagten zum Teil schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen wegen gemeinschaftlich begangenen Verbrechens gegen die Paragraphen 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes verhängt worden.

Es handelt sich um jene Bombenanschläge, die in verschiedenen Amtsgebäuden Niedersachsens und Holsteins von Hofbesitzern und anderen Personen in den Jahren 1928 und 1929 durchgeführt wurden zu dem Zweck, die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen und eine Besserung der Lage der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins herbeizuführen. Von den 18 Angeklagten haben 11 auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet, darunter der 50jährige Hofbesitzer Klaus Heim, der an allen Attentaten entscheidend mitgewirkt hat und deshalb zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Die übrigen sieben Angeklagten sind der Schriftsteller Bold, der Hofbesitzer Wid, Lehmann, Holländer, Boffen, Hamkens und der Kraftwagenbesitzer Wieburg.

Die Revisionsbegründung stützt sich darauf, daß nicht die schweren Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes hätten Anwendung finden dürfen. Außerdem wird von den Verteidigern behauptet, die Angeklagten hätten sich in einem sogenannten übergeordneten Notstand befunden, d. h. sie hätten die Strafgesehe in so schwerer Weise verletzten dürfen, um sich selbst in ihrer erdrückenden Not zu schützen.

Das Reichsgericht fällt schließlich folgendes Urteil: Die Revisionen sämtlicher Angeklagten werden als unbegründet verworfen. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß sich der Senat in allen rechtlichen Punkten den Ausführungen des Reichsanwaltes vollständig angeschlossen habe.

Kauft bei unseren Inferenten!

Aus Bad Homburg und Umgebung

Martinstag.

Zum 11. November. — Ein altes deutsches Fest. — Die Martinsgans und andere Martingebäude.

Der rauhe Novembersturm legt die letzten Blätter von den Bäumen, nasse Nebel hüllen über die Felder. Rebe- lung wurde vordem der Monat November genannt. In dieser Herbstzeit wurden einst Woban zu Ehren Herbst- feste begangen, und die Kirche konnte in fluger Umgestaltung das Andenken eines ihrer Heiligen an diesem Tage ehren, dem am 11. November wurde Bischof Martin von Tours um das Jahr 400 n. Chr. feierlich beigelegt. Sein Begräbnistag wurde zum Martinsfest (Martin) erhoben, womit sich mancherlei Gebräuche altgermanischer Feste verbanden. Dahin gehören die Martinsfeuer und die Martinschmaus- je mit ihren Hauptbestandteilen, der Martinsgans und dem Martinshorn.

Der Martinstag bildet auch den natürlichen Schluß des bäuerlichen Jahres, denn um Martin ist im allgemeinen die Winterzeit bestellt. An diesem Tage wechselte in den Ostmarken das Geseinde und in den kleinen Landstädten fand vielfach auf dem Marktplatz der Aufmarsch und Austausch der Burschen und Marzellen statt, die in ihren Sonntags- kleidern erschienen. Es war eine Musterung, je nach An- gebot und Nachfrage. Es wurde viel kritisiert und „gehan- delt“. Der Martini-Taler, ein Doppeltaler, galt als Anzahlung und Verpflichtung.

Zu Martin werden in Bayern und Oesterreich die Rufe zum letzten Mal auf die Weide getrieben. Am Abend über- reicht der Hirt im Namen des „St. Martin“ den Bauern die Martinigerte, ein Birkenreis oder ein Weidenzweig, mit altertümlichen Segenssprüchen für das Gedeihen von Herde, Wiese und Acker; der Bauer bewahrt die Gerte als Schutz- mittel gegen Viehseuche und Verherzung des Viehs auf bis zum nächsten Martin.

Als Martinsvogel gilt die Gans, die in germanischer Heidenzeit dem Woban geweiht war. Seltsam, daß gerade der heilige Martin, der in seiner Jugend nur durch den Zwang seines heidnischen Vaters hatte Soldat werden müs- sen und als Vorbild der Miltätätigkeit alles Kriegshandwerk verabscheute, in der Ueberlieferung die Erbschaft des ger- manischen Schlachtengottes zu übernehmen hatte. Die Mar- tinsgans war ursprünglich der übliche Bauernzins für Kloster und Kirche, und zu Ehren des wohlthätigen Heiligen schweigte man am Martinschmaus, bei dem die Gans eine besondere Rolle spielte. Der Gänsebraten hat im Nebenberuf auch zu prophezeien; das Brustbein, je nachdem es weich oder rötlich ist, kündigt einen strengen oder milden Winter an. Zum Martinschmaus gehört der Martins- trank. Da in Weingegenden — und früher war in Deutsch- land der Weinbau in sehr viel mehr Gauen verbreitet als heute und dehnte sich bis über Ost und Weichsel aus — die Zeit mit der ersten Probe des „Heurigen“ zusammenfiel, so wurden die Martinsgänse mit dem ersten Wein hin- abgespült. Auch die Weingärtner im württembergischen Wein- berg tranken noch den „Martinswein“, um im nächsten Jahr eine gute Weinernte zu erzielen. Die Sitte, zur Martins- gans eine gute Flasche zu trinken, hat sich durch die Jahr- hunderte lebenskräftig erhalten — notabene, wenn man's kann.

An ein altgermanisches Herbstopfer erinnern besonders die Martinsfeuer, die in der Eifel und nordwärts davon am Rhein bis nach Holland hinein flammen, wobei früher gern Körbe mit Obst und Schwaren verbrannt wurden. Die Äpfel, Birnen und Rüsse, die auch in den Martinsliedern oft wiederkehren, sind offenbar Gaben, die für das heidnische Opferfeuer dargebracht wurden. Noch heute ist in manchen deutschen Gegenden das Martinsingen der Kinder heimi- sch, die mit erleuchteten und auf einem Stod getragenen hohen Rübissen oder brennenden Stadlaternen am Vor- abend des Martinstages herumziehen und für sich Gaben er- bitten. Wir stehen hier vor den Ueberbleibseln eines alt- germanischen Herbstfestes und Erntedankopfers der bdschlichen Gemeinschaft.

Dr. Voetticher

Zentrum und Kommunalpolitik.

Die Ortsgruppe Bad Homburg der Zentrum partei hatte gestern Abend Mitglieder, Freunde und Gönner der Partei zu einer Mitgliederversammlung in den Saalbau eingeladen. Der angekündigte Redner Herr Vordach- abgeordneter Dr. Graß der hier das Thema „Die poli- tische und wirtschaftspolitische Lage“ referieren soll, war aus tischer unbekannter Ursache zum Vortrag nicht erschienen.

Herr Amtmann Eßler begrüßte dann die Or- tgruppe die zahlreichen Erschienenen. Seit der letzten Zu- sammenkunft der Parteimitglieder habe sich die wirt- schaftliche Lage wiederum stark verschärft. Die deutsche Wirt- schaft habe sich zur Weltkrise entwickelt. Die mit aller Deut- licheit arbeitenden radikalen Parteien würden alles anzu- strengen, um aus dieser für sich Kapital zu schlagen. In be- sondere sei es die Jugend, die der radikalen Phrasen- gale verhänglich sei. Aber auch dem ruhig denkenden Staatsbürger fehle in vielen Fällen das geistige Rück- blick, um gegen die Behauptungen der Gegner ankämpfen zu können. Gerade aus diesem Grunde wäre es von Wichtig- keit, einen Mann wie Dr. Graß sprechen zu lassen, der als Freund und Vertrauter des Reichskanzlers be- sonders dazu berufen sei, über die Brünning'sche Politik Auskunft zu geben.

Stadtverordnetenvorsteher Schild benutzte den Anlaß dazu, die Hörer über Kommunalpolitische zu orientieren. Unsere Zeit sei gekennzeichnet durch die Notwendigkeit, im Reich, aber auch in der Stadt. Das Gewerbe liege brach, Steuern gingen nur mäßig ein. Da es eben ganz ohne Steuerzahlen nicht gehe — denn die Stadt wolle und müsse leben — würden dieselben etwas höher eingeleitet werden. Das Eigenartige der Notver- ordnung, die sich hauptsächlich mit den Gemeinden be- faßte, sei, daß das Stadtparlament in Fragen, die seinen Aufgabenkreis betreffen, ausgeschaltet werde und der Ma-

gistrat heute in der Lage sei, Maßnahmen zu treffen, die für die Stadt einschneidend seien. Die Hauptquelle der Kon- troverse, die infolge dieser Situation entstanden sei, stelle die Festschließung der Gehälter der Kommunalbeamten dar. Das Vorgehen des Radikalen Mittelstandes in dieser Angelegenheit sei ja bekannt. Das Schicksal über die hohen Beamtengehälter sei heute wohl populär. Die Leute wüßten aber gar nicht, wieviel die hohen Beamten durch die Notverordnungen schon abgezogen bekommen hätten. Im übrigen sei es immer schon so gewesen, daß die städtischen Beamten besser bezahlt wurden, was vor allen Dingen darin begründet sein mag, daß die Kom- munalbeamten der öffentlichen Kritik mehr ausgesetzt seien, wie andere. Für Bad Homburg sei die Skala der Reichs- und Staatsbeamten eingeführt worden. Wohl habe man bei den Einstufungen vielleicht Fehler began- gen. Bei gleichartigen Beamten wolle man aber keinen zurücksetzen. Der Redner befaßte sich im weiteren Ver- lauf seiner Ausführungen mit dem Gehalt des Bürger- meisters. Wohl sei der Radikale Mittelstand beim En- gagement des Bürgermeisters noch nicht im Stadtpar- lament vertreten gewesen. Aber die Vertreter der Wirt- schaft, die sich heute zum R. M. rechnen, hätten damals die Engagementsbedingungen des Bürgermeisters ebenfalls aufgegeben. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens habe Homburg in der Nachkriegszeit Vorbildliches geleistet. Nicht nur dem Wohnungsbau, sondern auch dem Straßen- bau und der Schaffung der neuen Altkirchenanlage habe das Zentrum immer aus dem Grunde zugestimmt, um vor allen Dingen Homburgern Arbeit zu beschaffen. Die Entwicklung habe es leider mit sich gebracht, daß man- ches Erschulte heute unrentabel sei. Man habe stets das Beste gewollt.

Stadtrat Quirnbach äußerte, die Höhereinstufung von städt. Beamten sei z. T. auf die heutige Parlezer- spaltung zurückzuführen — Zur Wohlfahrtsfrage ge- sprachen, bedauerte der Redner, daß es heute bei Anträ- gen bezüglich einer Sonderzulage eine Ewigkeit dauern würde, bis die armen Leute zu ihrem Recht kämen.

Ueber die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Oberlaunuskreis

relativ schlechtes Herr Vordach von Erdelens, der el- wa ausführte: Nicht nur beim Reich, Staat oder Gemeinde, sondern auch beim Kreis erlebe man es heute, daß die Einnahmen geringer werden, während die Ausgaben dauernd anschwellen, und immer wieder seien es die Wohlfahrtsverwerbslosen-Ausgaben, die zu solchen Defi- ziten führen. Seltens des Städte- und Landkreislages seien Bestrebungen im Gange, Wohlfahrts-Arbeitsunter- stützung und Arbeitslosenversicherung in eins einzubauen. Bei einer solchen Fusion ständen Schwierigkeiten en- gegen, da es sich im letzteren Falle eben um eine Ver- licherung handle, zu der sowohl von Arbeitnehmern als auch Arbeitgeber Beiträge geleistet würden. Die Situa- tion erfordere es jedenfalls, daß man die Gemeindefin- anzen von diesen Lasten befreie, da ihnen jede Einnah- me entzogen werde, um solche überhaupt tragen zu können. Heute trage der Kreis 70% der Soziallasten und 30% die Wohlfahrtsgemeinden. Von 50 000 Kreiseinwohnern des Oberlaunuskreises müßten rund etwa 6000 Menschen (ausgenommen Erwerbslosen- und Arbeitslosenunter- stützung) durch öffentliche kommunale Fürsorge betreut werden. Bei Anhalten der Wirtschaftskrise sei sonach der Tag nicht fern, an dem sämtliche Arbeitslosen nach Durch- lauf der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung der Kommune zur Last fielen. Eine solche Entwicklung habe bereits zu dem Fall geführt, daß ein Arbeitsamt sozusagen über- flüssig wurde, da es keine Arbeitslosen mehr zu betreuen habe. Für den Oberlaunuskreis, einst einer der wohl- habendsten Kreise Preußens, sehe die Zukunft recht trübe aus. Kein Großbetrieb im Kreisgebiet arbeite mehr. Die Schließung der Motorenfabrik-Oberursel werde sich nicht nur auf Oberursel, sondern auch für den Oberlaunus- kreis besonders stark auswirken.

Anschließend auf die Ausführungen seines Vorredners bezüglich Sonder- oder Ergänzungszulagen über die Arbeitslosen für kinderreiche Familien oder Kranke äußerte Herr Vordach, daß ihm als Vorsitzenden des Wohlfahrtsverbandes wohl Besuche von Seiten der Regierung vorgelegt werden, die auch in beson- dere hiesigen Verhältnisse finden. Wenn der- artige Vorschläge seitens Homburgs in letzter Zeit nicht gemacht worden wären, so sei schließlich ihm, Redner, der Vorwurf zu machen. (Dadurch, daß Hom- burg als Arbeitslosenverband über 10 000 Einwoh- ner in die Liste der Bezirkeinschüsse zuleitet, ent- fähle man sich die Verabfolgungen).

Herr Vordach sei zu sagen, daß die hiesige Kreis- finanzlage eine Katastrophe des 13. Juli auch heute noch in einige Tage schleichen müßte, weil auf- grund der Notverordnungen (2 Bankrotturteile) sie nicht mehr zu decken sei. Sie hätte bei einer Spareinlage von 100 000 Mark den größten Anforderungen gerecht werden können, da ihre Liquidität fast 40% betrage, so daß die Sparungen nur mit 60% festgelegt seien. Bis- her habe die Stadt keine Anforderung auf Rückzah- lung gemacht können. Natürlich könne das Hamstern, was sich so charakterisieren sollte, einst dazu führen, daß auch die Kreisparkasse ihre Zahlungen ein- stellen müsse. Dann sei sie aber bestimmt eine der letzten Sparposten, die sich hierzu veranlaßt sehe. „Was soll das Geld im Strumpf?“ Keine Binnen- währung, keine Reichsmark und keine Angleichung unserer Währung an das englische Pfund könne uns helfen. Vielmehr müßten wir Sorge tragen, daß auch

weiterhin die Stabilität unserer Mark gesichert sei. Die Angstabwehungen bei der Kasse müßten endlich aufhören. Wir brauchen eben an dem mangelnden Vertrauen zu allen Verordnungen, die man von Regierungsfeld erlasse.

Die Mehrzahl der deutschen Menschen lebten heute in Landkreisen. Trotzdem rekrutiere sich der überwie- gende Teil der Parlamentsvertreter aus Großstädtern. Die Großstadtbewölkerung nehme wieder ab, während der Zug aufs Land erfreulicherweise bedeutend im An- stieg sei. Als Konsequenz ergebe sich hieraus, daß der Heimatboden selbst für viele Volksgenossen wieder die Lebensgrundlage schaffe und diese Menschen auch den ver- fänglichen Einflüssen der in den Großstädten dominie- renden radikalen Parteien entzogen würden.

In Punkt Hauszinssteuer habe sich ergeben, daß diese kein reines Geschenk war. Unter großen Opfern sei sie von den Betroffenen aufgebracht worden. Des- halb hätte sie nicht einem Einzelnen, sondern der Allge- meinheit zugute kommen müssen, und zwar dadurch, daß die öffentlichen Hand mit diesem Gelde praktische Wohn- bauten errichte hätte.

Die Ausführungen des Landrats, der in seinen Darlegungen in gedrängter Form die brennendsten Fra- gen seines Aufgabengebietes berührt hatte, fanden allseits reichen Beifall.

Kurhaus-Theater. Wir verweisen nochmals auf die übermorgen, Donnerstag, abends 7.30 Uhr, als 4. Abonnements-Vorstellung stattfindende einmalige Auf- führung der erfolgreichen Komödie „Der rasende Sper- ling“ oder „Straßenmusik“ von Paul Schurek. Der Titel ist treffend und trefflich gewählt, und das Stück selbst ist dem Verfasser ebenfalls vorzüglich gelungen. Man bekommt in gut 2 Stunden ein Stück Volksleben in seiner ganzen Echtheit vorgeführt. Wir haben hier einen Abschnitt aus der heutigen Zeit, haben Menschen vor uns mit all ihren Äußerlichkeiten, Illusionen, Sorgen, kleinen Freuden, mit ihrer interessanten Einstellung zu den Dingen usw. Schurek hat einen guten Griff ins „volle Menschenleben“ getan und läßt nun einige Cha- raktere mit all ihren Eigenheiten, Insinuationen, Trieben, ihrem Denken, Fühlen, Streben wie in einem Prisma farbenfroh schillern. Das Stück spricht in seiner natür- lichen Frische und wirkungsvollen Lebenswirklichkeit stark an. Laßt sich deshalb diese Vorstellung niemand ent- gehen.

Allg. Ortskrankenkasse Bad Homburg v.d.A. In der Zeit vom 1.-7. 11. 31 wurden von 140 er- krankten und erwerbsunfähigen Kassenmitgliedern 108 Mitglieder durch die Kassenärzte behandelt, 24 Mitglie- der wurden im hiesigen allg. Krankenhaus und 8 Mit- glieder in auswärtigen Heilanstalten verpflegt. Für die gleiche Zeit wurden ausbezahlt: 1533.83 Rmk. Kranken- geld; 436.90 Rmk. Wochengeld. 120.— Rmk. Sterbe- geld. Mitgliederbestand 3888 männliche, 3186 weibliche, Sa. 7074.

Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet, sich spä- testens am 3. Tage ihrer Erkrankung bei der Kasse krank zu melden.

Wohltätigkeits-Vorstellung im Saalbau. Zu der am kommenden Sonntag zu Gunsten der Klein- kinderbewahranstalt stattfindenden Aufführung des Volks- stückes „Wo die Schwalben nisten...“ durch den Theater-Club sind noch Karten in den bekannten Vor- verkaufsstellen erhältlich. — Wie uns noch mitgeteilt wird, hat sich ein Salon-Orchester unter Leitung von Herrn Konzertmeister Münche in selbstloser Weise zur Ausführung des musikalischen Teils der Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

Die Abbrucharbeiten bei der Hausmann'schen Federfabrik am Meiereiberg nehmen rüstig ihren Fort- gang. Morgen wird mit den Sprengungen begonnen, die morgens vor Schulbeginn und zur Nachmittags- stunde ausgeführt werden. Das Abperrgebiet ist im Umkreis durch rote Fahnen gekennzeichnet.

*** **Kein Moratorium für Aufwertungshypotheken.** Wie bereits bekannt, fanden dieser Tage im Reichsjustizmini- sterium Verhandlungen über die Frage eines Moratoriums für Aufwertungshypotheken, die auf 1. Januar 1932 fällig werden, statt. Vertreten waren die beteiligten Ministerien, sowie die Organisationen der Gläubiger und der Schuldner. Man einigte sich schließlich im wesentlichen auf der Grundlage der Vorschläge des Landtagsabgeordneten Bauer, der als Führer der Volksrechtspartei und des Sparerbundes an den Verhandlungen teilnahm. Ein Mora- torium wird abgelehnt, da die Gläubiger sich vielfach minde- stens eben so sehr in finanzieller Notlage befinden wie die Schuldner und sich wirtschaftlich vielfach auf den 1. 1. 1932 eingestellt haben. Dagegen soll im Einzelfall zunächst der Weg der gütlichen Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner beschritten werden, wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen auf 1. 1. 1932 nicht nachkommen kann. Erst in zweiter Linie soll durch Stundungsanträge die Aufwertungsstelle angetroffen werden können, deren Aufgabe die gründliche Prüfung der Verhältnisse des Gläu- bigers wie des Schuldners ist.

*** **Auslandsverkehr der Deutschen Reichspost.** Im Ver- kehr mit Jugoslawien sind die Höchstbeträge für Post- anweisungen und Nachnahmen (auf eingeschriebenen Briefen- bündeln, Wertbriefen, Wertkästen und Postpaketen) in beiden Richtungen geändert worden, und zwar für Postanweisungen aus Deutschland 5 000 Dinar, für Postanweisungen aus Ju- goslawien 370 Mark, für Nachnahmen aus Deutschland 370 Mark und für Nachnahmen aus Jugoslawien 5 000 Dinar. Gewöhnliche Postanweisungen nach der Südafrikani- schen Union haben fortan bis auf weiteres auf Südafri- kanische Pfunde zu lauten.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg
Für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krügenbrink, Bad Homburg
Drucker und Verleger: Otto Wagenbreth & Co., Bad Homburg

Neues aus aller Welt.

Raubmord in einem Dorfe. In Dannesfeld bei Stendal wurde der Mollereibesitzer Friedrich Schulze, der auf dem Grundstück seines Sohnes im Allenteil wohnte und als Referent der Mollereigenossenschaft tätig war, in seiner Wohnung mit furchtbaren Verletzungen tot aufgefunden. Es handelt sich um einen Raubmord, da die Mollereigelder in Höhe von 2000 Mark fehlten. — Nach einer weiteren Meldung hat die furchtbare Bluttat bereits ihre Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der wohnungslose Knecht Paul Walschinski verhaftet. Gleich nach seiner Verhaftung legte er das Geständnis ab, den Mollereibesitzer Schulz mit einem biden eisenbeschlagenen Knüttel erschlagen zu haben. Im Besitze Walschinski fand man noch 3400 Mark; der gesamte geraubte Betrag wird auf 3500 Mark geschätzt.

Abenteuerliche Laufbahn. Vor dem Schwurgericht in Memmingen hatte sich ein gewisser Max Podnowel wegen Brandstiftung zu verantworten. Der 56jährige Angeklagte hat einen wechselvollen, abenteuerlichen Lebenswandel hinter sich. Er ist ein geborener Oberschlesier, besuchte das Gymnasium und die Universität, machte später Reisen ins Ausland und war nach seiner Rückkehr in verschiedenen Berufen tätig. Als bald ergab sich Podnowel dem Alkohol und mußte wiederholt in einer Trinkerheilstätte untergebracht werden. Vorübergehend bekleidete er die Stelle eines Präsektors an der Oberrealschule in Illertissen. Nach kurzer Zeit verließ er aber auch diese Stelle und begab sich nach Dornweiler. Hier wollte er Beziehungen zur Tochter seiner Metelaberin anknüpfen, auf die aber das Mädchen

nicht einging. Aus Rache zündete er das Anwesen seiner Metelaberin an, das mit dem ganzen Mobiliar ein Raub der Flammen wurde. In der Verhandlung bezeichnete der Sachverständige den Angeklagten als einen haltlosen Psychopathen, der aber für die Brandstiftung verantwortlich sei. Das Schwurgericht verurteilte Podnowel zu zwei Jahren Zuchthaus.

Raubüberfall aufgeklärt. Die Untersuchungen über den Mord an dem Rassenboten Schüttler in Bad Segeberg haben nun nach der Verhaftung der Täter selbst und auch zur Festnahme der vier Anstifter des Verbrechens geführt. Der Überfall auf den Rassenboten ist von ihnen planmäßig seit Oktober vorbereitet worden. Sie haben auch die Pistolen für die Tat besorgt und den eigentlichen Tätern vor und nach der Tat Unterschlupf gewährt. Insgesamt sind jetzt 11 Personen in die Angelegenheit verwickelt.

Ein irakwätige Französin. Eine Französin versuchte bei Serrig die deutsch-französische Grenze ohne Paß in einem D-Zug zu überschreiten. Von den revidierenden Landjägerbeamten wurde sie zum Verlassen des Abteils aufgefordert. Die Französin setzte sich zur Wehr, so daß Gewalt angewendet werden mußte. Dabei wurde der Landjäger durch Kratzenwunden im Gesicht verletzt. Beim Polizeiamt, vor dem Amtsgericht und im Gefängnis leistete die Französin erneuten Widerstand. Es wurde festgestellt, daß sie bereits im März dieses Jahres die deutsche Grenze ohne Paß überschreiten wollte, aus welchem Grund ist noch nicht bekannt.

Zur Warnung. Wenig Federlesens machen die Franzosen mit Deutschen, die ohne die erforderliche Einwanderungserlaubnis nach Lothringen zur Arbeitsuche kommen.

men. Zwei junge Leute aus Gelsenkirchen, die dabei ertappt wurden, erhielten je einen Monat Gefängnis. Der eine davon wurde außerdem noch zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im Besitze eines Messers mit feststehendem Klinge war. Als sie die Strafe verbüßt hatten, schob man sie über die deutsche Grenze zurück, wo sie in Perle vollkommen mittellos ankamen.

Vier Todesopfer des Starkstroms. Bei Reparaturarbeiten an einem Elektrizitätswerk in Molinges (Frankreich) berührte ein Elektrikalarbeiter einen Hochspannungsdraht und kam durch den elektrischen Strom ums Leben. Sein Bruder und zwei andere Arbeiter, die ihm zu Hilfe kommen wollten, wurden bei der Berührung ebenfalls durch den Strom getötet.

Kaffee als Brennstoff. Einer Meldung aus Rio de Janeiro zufolge beabsichtigt die brasilianische Regierung, auf ihren Eisenbahnen Brilleis zu verfeuern, die aus gepreßten Kaffeebohnen hergestellt werden. Sie hofft, dadurch die Vorräte an Kaffee, die bisher ins Meer geworfen wurden, aufzubrauchen. Außerdem hat sie Versuche angeordnet, um aus den Kaffeebohnen Alkohol, Öl und Zellulose zu gewinnen.

Mißglückter Anschlag auf den ehemaligen Kaiser von China. Auf den ehemaligen Kaiser von China wurde ein Bombenattentat versucht. Ein Chinese sprach in den vom Kaiser bewohnten Hotel in Tientsin vor und überreichte einem Diener einen Korb mit Früchten als Gabe für den Kaiser. Als dieser später den Korb öffnete, fand er darin eine Bombe versteckt, die indessen nicht explodierte. Beim Eintreffen der Polizei war der Täter bereits verschwunden.

Viel schneller wird die Wäsche rein, weichst Du sie erst mit Henko ein!



Bitte, sehen Sie sich einmal eine gebrauchte Henko-Lösung nach dem Einweichen an. Sie werden es nicht glauben wollen,



wie sehr sie der Wäsche schon Schmutz und Flecke entzogen hat.



Henko erspart Ihnen das mühevollen Vorwaschen,



das Einreiben und Bürsten.

Nehmen Sie zum Einweichen nichts anderes als

Henko

zum Weichmachen des Wassers zum Einweichen der Wäsche!

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!

Zwangsversteigerungen.

Am Mittwoch, dem 11. Nov. cr., nachmittags 3 Uhr, versteigere ich im "Bayerischen Hof", Dorotheenstr. 24, zwangsweise, öffentlich meistbietend, gegen Barzahlung:

1 Radioanlage, 2 Schreibmaschinen und div. Möbel aller Art, 1 Kassenstuhl, m. Bücherschränke, Schreibtische, Teppiche, 1 komplette Lichtpausanlage.

R. Voos, Ob.-Gerichtsvollzieher, Bad Homburg, Lühnenstr. 132b Telefon 2008

Möbel aller Art, Regal mit 15 Band Brockhaus, Gramophon, Apfelmühle u. a. m., ferner bestimmt: 1 Obstbaumsäge, 1 Anschlagband, 1 Kanten-schneidmaschine, 2 Schraubstöcke.

Schneider, Obergerichtsvollzieher.

Im Hofe Kaiser Wilhelmstr. 8 werden am Mittwoch, dem 11. November cr., nachm. 3.30 Uhr, zwangsweise, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert:

Möbel aller Art, ferner 1 kompl. Speisezimmer, 1 Nähmaschine, 1 Liegestuhl, 1 Delgemälde, 1 Teppich, 1 Bapier-schneidmaschine, ca. 900 Flaschen Wein, 1 russischer Bindhund u. a. m.

Stipp, Gerichtsvollzieher.

Reißmangel

für Mangelstuben liefert zu günst. Zahlungsbedingungen Maschinenfabr. Franz Simon Dresden A 28.

Wer verkauft sein Haus

evtl. mit Geschäft od. sonst Anwesen hier oder Umgegend? Nur Angeb. direkt vom Besitzer unter R. 37 an den Verlag der "Verkaufs-Zentrale" Frankfurt am Main, Goetheplatz 22

Ämtliche Bekanntmachung

Betr. Steuerzahlung für den Monat November 1931.

An die hiesige Stadtkasse sind folgende Steuern zu zahlen:

a) die staatliche Grundvermögenssteuer nach den für 1931 zugestellten Steuerzetteln und zwar vom bebauten Besitz und Bauplätzen, zuzüglich 370% Gemeinde- und 100% Zuschlag für den Staat, sowie vom landwirtschaftlichen pp. Besitz, zuzüglich 323% Gemeindezuschlag.

b) die Kanalgebühren.

c) die Hauszinssteuer nach den für 1931 zugestellten Steuerzetteln.

d) an Gewerbesteuer

1) nach dem Ertrag 1/4 der für 1931 festgesetzten Steuerbeträge, bei einem Gemeindezuschlag von 450% bzw. 480% für Gastwirtschaften pp. und 540% für auswärtige Zitäten; 2) nach dem Kapital 1/4 der für 1930 festgesetzten Grundbeträge bei einem Gemeindezuschlag von 1000% bzw. 1200% als Vorauszahlung für 1931.

e) Handelskammerbeitrag in Höhe von 5% des Gewerbesteuer-Grundbetrages nach Ertrag und Kapital.

Sämtliche Steuern und Abgaben sind am 15. d. Mts. fällig.

Bad Homburg v. d. H., den 10. November 1931.

Der Magistrat.

Wir suchen für
Bad Homburg

gegen
festen Wochenlohn und hohe Provision

bei vertraglicher Anstellung strebsame, saubere, ehrliche, möglichst verheiratete Person, jeden Standes und Berufes zur Beförderung unserer erkl. holt. Margarine an unsere nachgewiesene Privatkundenschaft.

Garantiert ausbaufähige Stellung, Vorkennntnis nicht erforderlich, da Anlernung durch unser Personal. Alle Anstellten, Transportmittel usw. werden gestellt. Bedingung: Bewerber müssen einen kühlen, luftigen Raum oder Keller zur Lagerung der Ware und eine kleine Sicherheit in irgendeiner Form für das Vertrauenslager stellen. Sofortiger Eintritt erwünscht. Angebote von Bewerbern mit Altersangabe, wohnhaft in

Bad Homburg

erbeten unter G. G. 2304 an die Exped. des Blattes.

Achtung!

Wir empfehlen uns in sämtlichen vorkommenden

Maß- und Schuh-Reparaturen

Spezialität: Feine Schuhwaren. Unsere Preise sind konkurrenzlos.

Fachmännische Bedienung. Beste Handarbeit.

Preise: Herren-Sohlen 3.— Mk. an

Herren-Glech 1.30 Mk. an

Damen-Sohlen 2.50 Mk. an

Damen-Glech 0.80 Mk. an

geklebt oder genäht 0.50 Mk. mehr

Verarbeitung von nur la Qualitäts-Leder.

Nur bei

Gebr. Straßberger

Neue Mauerstraße 13 im Hofe

Thomasstraße 10 i. Hofe rechts

Hamburger Kaffee-Import-Firma sucht rührige Persönlichkeit für die Übernahme einer Kaffeevertriebsstelle. Evtl. auch nebenberuflich. Hohe Provision und bei entspr. Erfolg feste Anstellung. Off. u. G. G. 2312 an Ala Haasenstein u. Vogler, Hamburg 36.

Wir geben unklübbare Darlehen laut unseren Geschäftsbedingungen gegen Hypotheken, Möbel oder sonstige Sicherheiten.

Teilen Sie uns Ihre Adresse mit, wir besuchen Sie unverbindlich.

Allg. Möbel-Spar- u. Darlehenskasse

e. G. m. H., Hauptgeschäftsstelle Oberursel a. T., Zeppelinstr. 7. Seriöse Vertreter werden gesucht.

Bezirksgeschäftsstellenleiter

flücht. Akquisiteure, Organisator. m. gt. Allg. Bildg. repräsentab. in Stadt u. Land, mögl. Fachleute, sonst erfolgt evtl. Einarbeitung, sofort gesucht. Auch werden überall nebenamtliche Werber für Gelegenheitsabschlüsse sof. d. uns, nachher durch die Bezirksleitung eingestellt. Hoher Verdienst u. Aufstiegsmöglichkeit.

Baubund Selbsthilfe G. m. b. H.

Bausparkasse u. Depotbank Landesdirektion Westdeutschland Oberh.-Dietrich, Schleifach 60

Ziehung

13.-17. Nov. 1931

Zwanzigste große

Volkswohl-Lotterie

36 836 Gew. u. 2 Prämien im Gesamtwerte v. RM

Höchst- 330000

2. Prämie 150000

3. Prämie 75000

4. Prämie 100000

5. Prämie 50000

6. Prämie 20000

7. Prämie 10000

8. Prämie 5000

9. Prämie 2000

10. Prämie 1000

11. Prämie 500

12. Prämie 200

13. Prämie 100

14. Prämie 50

15. Prämie 20

16. Prämie 10

17. Prämie 5

18. Prämie 2

19. Prämie 1

20. Prämie 0.50

21. Prämie 0.25

22. Prämie 0.10

23. Prämie 0.05

24. Prämie 0.02

25. Prämie 0.01

26. Prämie 0.005

27. Prämie 0.002

28. Prämie 0.001

29. Prämie 0.0005

30. Prämie 0.0002

31. Prämie 0.0001

32. Prämie 0.00005

33. Prämie 0.00002

34. Prämie 0.00001

35. Prämie 0.000005

36. Prämie 0.000002

37. Prämie 0.000001

38. Prämie 0.0000005

39. Prämie 0.0000002

40. Prämie 0.0000001

41. Prämie 0.00000005

42. Prämie 0.00000002

43. Prämie 0.00000001

44. Prämie 0.000000005

45. Prämie 0.000000002

46. Prämie 0.000000001

Neues vom Tage.

Der amerikanische Volschaster in Berlin, Sadelt, ist in Bremen eingetroffen. Er beabsichtigt die bremischen Häfen für Baumwollagerung und die Getreideanlagen.

Vor dem Internationalen Gerichtshof in Haag begann am Montag unter dem Vorsitz des Japaners Matsui die Verhandlung im Streit Polen gegen Danzig. Es handelt sich um die Frage, ob polnische Kriegsschiffe im Danziger Hafen ankeren dürfen.

In der polnischen Abgeordnetenkammer ist der Antrag auf Gewährung einer genau ausgearbeiteten Verwaltungsautonomie für die überwiegend von Ukrainern bewohnten Ostprovinzen mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der König von England empfing am Montag die auscheidenden Minister und die Mitglieder des neuen Kabinetts, um ihnen die Amtssiegel zu übergeben. Im Anschluss an diese Zeremonie fand unter dem Vorsitz des Königs eine Sitzung des Geheimen Rates statt.

In England wird gegenwärtig lebhaft Propaganda gemacht für eine Beschränkung der Einfuhr. Die Industriellenverbände bezeichnen jede Einfuhr nach England als Schmutzkonkurrenz.

Werterhöhung der Mark?

Die Reichsregierung ist am Montag zusammengetreten um mit der Beratung ihres Wirtschaftsprogramms zu beginnen, das Ende dieses Monats durch Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt werden soll. In den nächsten Tagen wird dieses Programm auch den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung beschäftigen, der ja eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen worden ist, die Reichsregierung in derartigen Fragen zu beraten.

Die Einzelheiten dieses Wirtschaftsprogramms sind noch nicht bekannt und liegen auch noch nicht fest. Man weiß aber, wie das Programm im Großen und Ganzen aussehen soll. Es soll versucht werden, die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft dadurch zu fördern, daß man den Wert des Geldes erhöht. Anders ausgedrückt: es soll eine Verbilligung der Warenpreise erzielt werden. Man denkt zunächst an eine Verbilligung der Zinsen, damit auch die Kredite billiger werden. Die Reichsbank müßte dabei wohl mit einer Zinsverbilligung vorangehen. Ob auch die Pfandbriefzinsen heruntergesetzt werden sollen, ist eine Frage, die heute noch sehr verschiedenartig beurteilt wird. Während man auf der einen Seite einer Herabsetzung der Pfandbriefzinsen das Wort redet, weil man dadurch zu einer Verbilligung der Hypothekenzinsen kommen könnte, wird von anderer Seite darauf hingewiesen, daß eine Herabsetzung der Pfandbriefzinsen eine schwere Erbitterung bei den Sparern hervorrufen und die Bildung neuen Spartapitals infolgedessen erschweren müßte.

Im Zuge einer Herabsetzung der Preise würden dann weiterhin noch liegen die Aufhebung der Kartellbildungen und die Preisentkung für die sogenannten Markenartikel. Auf diesem Gebiet sind ja schon früher Versuche gemacht worden, Versuche, die allerdings den erwünschten Erfolg nicht, jedenfalls nicht in dem erwarteten Ausmaße gehabt haben. Ob der neuen Aktion der Reichsregierung auf diesem Gebiete ein günstigeres Ergebnis beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Es ist eben außerordentlich schwer, in die Preisbildung von oben her einzugreifen. Das hat sich im Verlauf der letzten Jahre wiederholt gezeigt. Keine der bisherigen „Preisentkungen“

aktionen“ hat den ganzen Erwartungen entsprochen, die man darauf gesetzt hatte.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wird voraussichtlich auch an der Zollfrage nicht vorübergehen wollen. Aber hier tauchen bereits sehr große Schwierigkeiten auf. Es liegt gewiß ein lebhaftes Interesse vor, die Lebenshaltung der breiten Masse unserer Bevölkerung zu verbilligen. Aber nicht minder groß ist die Notwendigkeit, die deutschen Agrarprodukte vor einer unheimlichen Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Die deutsche Landwirtschaft leidet heute schon unfähig unter den drückenden ungenügenden Preisen, die sie für ihre Erzeugnisse bekommt. Wenn man an eine Revision der Einfuhrzölle denkt, wird man an der Erwägung nicht vorbeigehen dürfen, daß es gilt, die Landwirtschaft unter allen Umständen zu schützen. Ueberhaupt wäre es eine sehr wichtige Aufgabe, die bäuerlichen Kreise wieder lauffähiger zu machen, um auch von dieser Seite her unsere Wirtschaft wieder zu beleben.

Wenn das allgemeine Preisniveau weiter heruntergedrückt ist, sollen dann auch Gehälter und Löhne neuerdings gesenkt werden. Theoretisch betrachtet, würde das keine Schädigung für die Gehalts- und Lohnempfänger sein, weil sie ja auch für ihren Lebensunterhalt weniger ausgeben brauchen. Der Reallohn würde also bleiben, nur der Nominallohn würde geringer werden. In der Theorie hört sich das sehr schön an, ob es aber praktisch so durchzuführen sein wird, steht noch lange nicht außer allem Zweifel.

Man kann überhaupt gegenüber all diesen Plänen das große Bedenken nicht unterdrücken, daß sie sich nur schwer in die Praxis umsetzen lassen. Aber die Reichsregierung weist darauf hin, daß der Versuch einmal gemacht werden muß. Wenn wir keine Inflation haben wollen, dann können wir nicht mehr Geld herstellen, als zurzeit im Umlauf ist. Wenn wir aber unseren Geldumlauf nicht erhöhen wollen oder nicht erhöhen können, dann muß der Wert dieses Geldes erhöht werden. Das ist nur durch eine Senkung des allgemeinen Preisniveaus möglich. So argumentiert die Reichsregierung, und auf diese Argumentation wird sie wohl ihr Wirtschaftsprogramm aufbauen. Der Erfolg muß abgewartet werden.

Kommunistische Nachbungen.

Saarbrücken, 9. November.

Eine Abteilung des kommunistischen Rotfront-Bundes veranstaltete in einem Walde in der Nähe von Merzig eine Nachbungen mit Bismarck und Bismarck.

Als die Landjäger des Bezirks herandrückten, wurden sie mit Schüssen empfangen, so daß auch aus dem Bezirk Saarlouis Hilfe herbeigeholt werden mußte. Es wurde darauf eine regelrechte Säuberung des Waldes vorgenommen, wobei 80 Kommunisten in voller Ausrüstung verhaftet und eine Anzahl Lastwagen beschlagnahmt wurden.

800 Nationalsozialisten verhaftet.

Königsberg, 9. November.

Die NSDAP. veranstaltete eine Fahnenweihe, an der mehrere hundert uniformierte Nationalsozialisten teilnahmen. Ein große Aufgebot an Schutzpolizei verhaftete sämtliche uniformierten Nationalsozialisten. Sie wurden in einer Kette von Lastautos in das Polizeigefängnis gebracht. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Die Nationalsozialisten riefen von den Autos „Heil Hitler“ und „Deutschland erwache“ und marschierten in den Hof des Polizeigefängnisses mit Gesang ein. Vor dem Polizeipräsidenten hatte sich eine nach hundert zählende Menschenmenge angeammelt.

Die Zahl der anlässlich der Fahnenweihe verhafteten uniformierten Nationalsozialisten beläuft sich nach einer späteren Meldung auf 800 Mann. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Reichstagsabgeordnete Koch und der ostpreussische SA-Führer Quirau. Im Polizeipräsidenten wurde sofort die Vernehmung der Verhafteten eingeleitet. Soweit die Verhafteten einwandfrei festgestellt werden konnten, wurden die Verhafteten wieder freigelassen. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Feuergefecht mit der Polizei.

Magdeburg, 9. November.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am frühen Morgen des 8. November wurden Angehörige des Wehrwolf, die von außerhalb zu einer Tagung in Magdeburg wollten, von einem großen Trupp Kommunisten überfallen und zu Boden geschlagen. Als zwei Polizeibeamte die Ueberfallenen in Schutz nahmen, wurden sie von den Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Es wurde versucht, die Mitglieder des Wehrwolf dem Schutze der Beamten mit Gewalt zu entreißen.

Ein Polizeibeamter gab zwei Schreckschüsse ab. Die Kommunisten schossen daraufhin auf die Polizeibeamten. Es fielen sechs bis sieben Schüsse. Die Polizeibeamten waren gezwungen, das Feuer zu erwidern. Ein Beauftragter erhielt einen Schuß in den Oberkörper. Ob weitere Personen verletzt worden sind, war nicht festzustellen. Sechs Beauftragte sind festgenommen worden.

Kennt der Rundfunkhörer seine Industrie?

Die bei den Fabriken und im Handel erfolgte Rationalisierung sowie die weitgehende Normung der Einzelteile ermöglichte neben wichtigen elektrischen Fortschritten eine Leistungssteigerung auf etwa das Dreifache. Hand in Hand mit dieser Rationalisierung ging eine Sonderung der Fabrikationsprogramme, um dem Abnehmer in jeder Beziehung gerecht werden zu können. Es gibt heute Firmen mit möglichst umfangreichem Programm, wie etwa Nora-Radio oder solche mit möglichst spezialisierter Fabrikation, wie Arch-Radio. Durch eingehende Untersuchungen auf elektroakustischem Gebiete gewannen die Apparate nicht nur an Lautstärke, sondern auch an Tonqualität und Trennschärfe erheblich. So erreichen die Geräte wie vom Typ Nora-Radio eine naturgetreue Wiedergabe tiefer wie höchster Töne (Bässe, Violine, Klavier). Bei Spezialgeräten andererseits wie Bantophon-Arch-Radio, die bei ebenfalls neuzeitlich genauer Trennschärfe einen leicht einstellbaren Sperrkreis besitzen, kann außerdem die Verstärkung und Tonwirkung durch einen Tonmodulator je nach Wunsch beeinflusst werden. Ein hohes Maß technischer und wirtschaftlicher Rationalisierung bedeutet die Einknopfbedienung: Trotz erhöhter Komplexität der Apparatur denkbar einfache Bedienung der vermehrten und verbesserten Abstimmkreise. Ein weiterer Rationalisierungserfolg liegt darin, daß die mit Lautsprecher kombinierten Geräte wesentliche Platzersparnis bringen, leicht transportabel und überall einsetzbar sind. Auch die übrige Arbeit auf den Einzelgebieten der Rundfunkindustrie hat mit dieser allgemeinen guten Vorwärtseentwicklung gleichen Schritt gehalten.

Eng verbunden mit der Rundfunkindustrie ist die Phono-(Schallplatten-) Industrie. Das zeigte sich in aufschlußreicher Weise auf der letzten deutschen Funkausstellung, der eine Phono-Schau angegliedert war. Deutlich kommt diese Verbundenheit auch in den verschiedenen technischen Kombinationen zum Ausdruck. Die neuen Geräte, mit denen praktisch alle europäischen Sender gehört werden können, sind zur Wiedergabe von Schallplatten in hohem Maße geeignet. Die Schallplatte dient überhaupt als Brücke für die Tonqualität der Rundfunkgeräte. Fast alle Firmen benutzten deshalb auf der Ausstellung für ihre Vorführungen die hochqualitativen Platten der beiden Großkonzerne Lindström und des Polyphon-Grammophon-Konzerns. Man konnte hier den interessanten Werdegang einer Schallplatte bewundern, den der Polyphon-Grammophon-Konzern neben einer Reihe neuer Lautsprechertypen (also auch hier Fabrikationsgemeinschaft: Funk und Platte) und seiner bekannten Kofferraparate zeigte. Die Lindström A.-G. führte mit ihrem Schallplatten-Marietten-Theater einen neuen Zweig moderner Unterhaltung und Belehrung für das Publikum ein. Den besonderen Wünschen des Publikums und der breiteren Käufer-Schichten dient auch die Gloria-Platte dieses Konzerns, während die Zweimark-Qualitätsplatte des Gramophon-Konzerns neben Gesangs- und Orchesteraufnahmen besonders auch die aktuelle Tanz- und Tonfilmmusik pflegt.

Wie sehr im übrigen die Verbindungen zwischen den beiden Zweigen, der Funk- und Phono-Industrie auch in praktisch-technischem Sinne heute erreicht ist, zeigen in deutlich vollkommener Weise die Polyphon-Elektro-Typen, die in einem Apparat die elektrische Schallplatten-Übertragung mit dem Rundfunkempfang vereinen. Alle die bisher erreichten Fortschritte berechneten zu der Annahme, daß die in der elektro-akustischen Industrie zweifelslos stehenden weiteren Entwicklungsmöglichkeiten dem Rundfunkhörer und den Freunden der Schallplatte noch manche Überraschungen bringen werden.

Dipl.-Ing. Bander, Berlin.

Ich hab dir verziehn!

Roman von Clotilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Foucht wanger, Halle (Saale)

[19]

Bätselnd, mit einem Schlager auf den Lippen, sah Hans Egon der zierlichen Gestalt nach, die eben um die Wiegung der großen Treppe verschwand.

„Nun“, wandte er sich herausfordernd an den Grafen Friedrich, „sage selbst, habe ich nicht einen guten Griff getan?“

Graf Friedrich trat mit geballten Fäusten vor den Bruder hin:

„Also das ist das Mädchen, das sich nach deinen eigenen Worten glücklich schätzen soll, dir ihr Herz und ihr Geld vor die Füße zu legen? Das Geld wirst du verprassen, das Herz wirst du zertreten, du, der in seinem schrankenlosen, leichtsinnigen Lebensgenuss vor nichts zurückschreckst.“

Hans Egon sah ihn hochmütig an.

„Selt wann machst du dich zum Hüter anderer? Oder“ — er sah seinen Bruder lauernd an — „was ist denn das mit eurer geheimnisvollen Bekanntschaft? Es ist ja sehr merkwürdig, daß ich davon nichts weiß. Wenn es mir nicht zu lächerlich erschiene, weiß Gott, ich könnte sogar eifersüchtig auf dich sein.“

Graf Friedrich sah seinen Stiefbruder verächtlich an: „Das paßt zu dir; nicht einmal vor der Heirat einer Virgil Sibellus machst dein Zynismus halt! Frage sie selbst, sie wird dir eine ganz einfache Erklärung geben für jenen belanglosen Zufall, dem ich ihre Bekanntschaft verdanke. Aber glaube nicht, daß ich ruhig zusehen werde, wenn du dieses Mädchen unglücklich machst. Ich werde über sie wachen, wie über eine Schwester.“

„Sieh an“, entgegnete Hans Egon schneidend, „du ereiferst dich ja merkwürdig. Solltest du vielleicht — es wäre zum Lachen — Feuer gefangen haben? Der ver-

liebte Schwager, das neueste Lustspiel im Hause Tannenau.“

„Sorge dafür, daß aus diesem Lustspiel“, wie du es nennst, kein Trauerspiel wird“, schloß Graf Friedrich drohend, brach aber im gleichen Augenblick ab, denn Virgil lichte Gestalt erschien auf dem Treppenaufgang.

Weihnachten war vorüber. Die Herzen des Christbaumes hatten zu Virgils jungem Eheglück leuchtender gestrahlt denn je. Angesichts ihrer Seligkeit waren selbst aus dem Herzen des Konsuls die Bedenken gewichen. Wer konnte auch Hans Egon widersprechen, der mit seinem lebenswürdigen Zauber alle Herzen gewann, die er gewinnen wollte? Der einzige bittere Tropfen in Virgils Glückseligkeit war die unerklärliche Zurückhaltung des Schwagers, die so seltsam abfiel von seiner sonstigen Mitterlichkeit bei ihrem ersten Zusammentreffen in der Seifergasse.

Wohl hatte er die Hochzeitsfeierlichkeiten mitgemacht und war in seiner stattlichen Größe wie in seinem männlichen Ernst das Ziel mancher bewundernder Mädchenblicke im Kreise der glänzenden Festgesellschaft gewesen. Auch der Konsul hatte sich mit außerordentlich warmen Worten über den Bruder seines Schwagersohnes ausgesprochen, was Hans Egon mit sauer-süßer Miene anahmte. Seine Verstimmung wäre noch größer gewesen, wenn er geahnt hätte, daß die klare, charaktervolle und gehaltene Art dieses Bruders dem Konsul eine gewisse Beruhigung auch für das Glück seiner einzigen Tochter gab.

Die Tannenau'schen Eigenschaften, dies waren die Gedanken des Konsuls, waren also doch nicht nur die der leichteren Genießer, sondern auch die der ernsten und zielbewußten Arbeiter!

Konsul Sibellus hoffte im stillen, daß sich auch bei Hans Egon, nun er in einer gesicherten Ehe lebte, diese Eigenschaften durchsetzen würden. Um so mehr bedauerte auch er es, daß Graf Friedrich sich sofort nach den Hochzeitsfeierlichkeiten in die Einsamkeit von Tannenau vergraben hatte. Nicht einmal den Weihnachtsabend hatte er,

trotz der herzlichen Einladung, mit dem jungen Paar zusammen im Hause des Konsuls verbracht, sondern sie mit seinen Pflichten gegenüber seinen Leuten und seiner Arbeitsüberlastung entschuldigt.

Sofort nach der Verlobung war er in das einfache Mühlenhaus hinübergezogen und hatte dem jungen Paar das gesamte Schloß zur Verfügung gestellt, das mit dem Geld des Konsuls auf das geschmackvollste eingerichtet wurde, um die zwar kostbare, aber doch alte Einrichtung modern zu vervollständigen.

Graf Friedrich hatte sich in das einfache Mühlenhaus nichts anderes mitgenommen als die Möbel, die in den Privatimmern seines verstorbenen Vaters gestanden hatten.

Der Konsul, der wohl wußte, daß Graf Friedrich ohne eigenes Verschulden mit schweren Sorgen zu kämpfen hatte, versuchte es, auf zartfühlende Weise ihm durch seine Verbindungen neue Varmittel zu verschaffen; aber Friedrich hatte mit einer unbegreiflichen, beinahe verlegenden Schärfe abgelehnt.

Als das junge Paar an einem schönen Vorfrühlings-tage des Februar von seiner Ägyptenreise zurückkehrte in die nordische Heimat, als die Glocken der kleinen Dorfkirche den festlichen Einzug der Neuvermählten in das Tannenau'sche Schloß einläuteten, weilte Graf Friedrich auf einer Geschäftsreise, die, wie er hinterlassen hatte, unausschießbar gewesen war.

Es gab Virgil einen Stich ins Herz, als sie den Schwager nicht unter den sie Begrüßenden fand; aber die stürmische Zärtlichkeit ihres verabschiedeten Mannes ließ sie vergessen, daß noch ein zweiter Schloßherr hier zu Hause war.

Das Gastspiel der schönen Tänzerin Dolores hatte sich über Erwarten verlängert. Ihre Stockholmer Triumphe ließen ihren Agenten nicht ruhen. Dem schwedischen Gastspiel folgte eine Tournee durch Dänemark, nach vierzehn Tagen Kopenhagen brachte ihr der rührige Agent schon wieder einen Vertrag, einen mit Paris. (Fortf. folgt.)

Nus Nah und Fern

Landesgerichtsrat Schmitz legt Revision ein.

Wiesbaden. Gegen das am 30. Oktober von der kleinen Strafkammer Wiesbaden gefällte Urteil im Privatklagenverfahren des Landgerichtsrats Schmitz - Wiesbaden gegen den Schriftleiter des „Wochenende“, Roderich Böttner - Wiesbaden hat der Privatkläger Revision beim Oberlandesgericht Frankfurt a. M. eingelegt. Der Beklagte hatte gegen Landgerichtsrat Schmitz den Vorwurf separatistischer Betätigung erhoben und in diesem Punkte einen Freispruch erzielt.

Frankfurt a. M. (Einbruch in ein Schwefelsteinhaus.) In dem Hofeshaus der Barmherzigen Schwestern wurde ein Einbruch verübt. Die Täter sind über die Gartenmauer gestiegen, haben die Eisenstäbe des Klotzfensters herausgebrochen und sind dann eingestiegen. Aus den unteren Räumen ist ein Opferstock mit Inhalt gestohlen worden. Dann haben die Täter das Fremdenzimmer durchwühlt und die Tür zur Kapelle geöffnet. Sogar den Schlüssel zur Haustür haben sie mitgenommen.

Höchst a. M. (Mit dem Auto gegen ein IG-Gebäude.) Hier ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein aus Wiesbaden kommendes Personenauto geriet am Hauptbüro der IG-Farbenindustrie aus der Fahrtrichtung und rannte mit voller Geschwindigkeit gegen das Gebäude. Der Fahrer des Wagens wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der völlig zertrümmerte Wagen mußte durch ein Lastauto abgeschleppt werden. Der Vorfall ist darauf zurückzuführen, daß das verunglückte Auto, das in der Richtung nach Frankfurt fuhr, von einem von Mainz nach Sindlingen fahrenden anderen Personenkraftwagen gestreift wurde. Der Führer des angefahrenen Autos verlor die Herrschaft über seinen Wagen, der auf das Trottoir rannte, eine Gaslaternen umfiel und dann mit voller Wucht gegen das Gebäude der IG-Farben sauste.

Hanau. (Betrügerischer Leder-Reisender.) Vor der Großen Strafkammer in Hanau stand der Kaufmann Sally Blumenthal aus Mülheim a. M. Schon öfters ist er mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen. In der Hauptsache betätigt er sich als Lederreisender. Bereits vor Jahren hatte er eine Lederfirma um mehrere Tausend Mark geschädigt, seine übrigen Auftraggeber wurden von ihm in der raffiniertesten Weise ausgenutzt und betrogen. Uebermals hatte er als Reisender Beschäftigung gefunden. Sofort begann er seine Tätigkeit mit fingierten Aufträgen. Kam dann bei einem Kunden, der nichts bestellt hatte, ein Posten Leder an, erschien Blumenthal, gab an, es liege ein Versehen vor, und nahm das Leder mit, das dann von ihm weiter verkauft wurde. Die Große Strafkammer erkannte unter Einbeziehung einer anderen gegen den Angeklagten erkannten Strafe auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr zwei Monaten Gefängnis.

Darmstadt. Auf einem Verbindungsweg zwischen Günterfürst und Elsbach fanden Schullinder die Leiche des 18-jährigen Knechtes Adam Krämer aus Günterfürst. Die Leiche wies eine furchtbare Schädelverletzung auf, die von einem scharfkantigen Gegenstand herrühren muß. Der Schlag hat die Schädelkapsel getrennt, die Schädelkapsel ist an dieser Stelle zertrümmert. Der Tod muß unmittelbar nach dem Ueberfall eingetreten sein. Die Leiche lag mit Gesicht nach dem Boden. Eine große Blutlache bezeugt den Tatort. Die Schuhe hat man dem Toten abgenommen.

Nach dem Bericht der Mordkommission handelt es sich um eine wohl vorbereitete Tat, denn ganz in der Nähe des Tatortes war ein etwa vier Zentimeter starkes Bäumchen umgeknickt, es sollte wohl als Schlagwaffe des Täters gegen sein Opfer dienen. Aber die Zeit hat wohl nicht ausgereicht, den Prügel fertig zu machen, bis das Opfer herankam. — Im Verdacht der Täterschaft hat man drei Handwerksburschen, die auf dem Gütergeamt nach Schuhen gesucht hatten. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

Das Vergleichsverfahren bei der Darmstädter Volksbank.

Darmstadt. Wie bereits berichtet, ist über das Vermögen der Darmstädter Volksbank e. G. m. b. H. am 3. November das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet worden. Eine entsprechende Benachrichtigung ist allen Beteiligten durch das Amtsgericht I zugegangen. Eine Einladung erfolgt für Freitag, den 4. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr, in den Städtischen Saalbau zu einem Vergleichstermin. Die bereits bekannt gegebenen Vergleichsvorschläge wurden von der Verwaltung und dem Gläubigerausschuß einstimmig angenommen. Besonders darauf hingewiesen wird, daß Forderungen in Höhe von 100 Mark oder auf 100 Mark ermäßigte Forderungen einschließlich der sogenannten Kindersparbücher innerhalb drei Monaten nach Bestätigung des Vergleichs in voller Höhe ausbezahlt werden sollen. Es sind weiter Bestrebungen der Verwaltung im Gange, die Schalter der Bank möglichst bald wieder zu öffnen.

Offenbach. (Raffinierte Entendiebe.) Vier junge Burschen hatten sich eine raffinierte Sache ausgedacht, wie sie auf billige Weise zu guten Entenbraten gelangen könnten. In der Nähe der Fähre auf der Fachsenheimer Seite legten sie Angelhaken aus, die mit Brot gespickt waren. Sie wollten auf diese Weise Enten oder Gänse mit Angelhaken fangen. Das Manöver wurde beobachtet und die Täter gingen, als sie sich bemerkt fühlten, auf ihren Rädern flüchtig.

Offenbach a. M. (Wegen Kindeserschandung verurteilt.) Ein 19-jähriger Hilfsarbeiter von hier wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen an zwei Kindern, zwei elfjährigen Mädchen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt, weil ihm eines der Mädchen entaengetommen war. Es handelt sich um ein frühreifes Kind, das an den unzüchtigen Handlungen des Angeklagten Gefallen gefunden hatte und ihm daher noch ein zweites Mädchen zuführte.

König L. O. (Traagischer Unfall.) Die vierjährige Tochter des Gastwirts Buchhold wurde von einem Radfahrer so unglücklich angefahren, daß sie einen komplizierten Oberschenkelbruch erlitt und in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Onkel der Kleinen, der bei dem Unfall zugegen war, regte sich darüber derart auf, daß er als Folge der Aufregung einen Schlaganfall erlitt, dem er kurze Zeit darauf erlag.

Campertheim. (Nebst Wirtschaftszufuhr.) In der Wirtschaft Neufeld wurde ein Einbruch verübt, bei dem die Täter alles, was nur irgend möglich war, mitnahmen. Als Täter vermutet man einen 21-jährigen Burschen, der in der letzten Zeit wiederholt in der Wirtschaft verkehrte und sich auf diese Weise mit den Verlichteten vertraut gemacht hatte. Derselbe Mann war einige Tage vorher in einer Wirtschaft Borchheimerhof, zechte dort und ließ zur Zahlung einen Geldschein wechseln. Er benutzte diese Gelegenheit, um aus der Kasse 100 Mark zu stehlen.

Campertheim. (Bürgermeisterwahl in Campertheim.) Die Wahl eines Ehrenbürgermeisters ist nun auf Sonntag, den 10. Januar 1932 festgesetzt worden.

Gießen. (Ein Prozeß gegen Gefängnismeuterei.) Das Erweiterte Schöffengericht Gießen verhandelte in Buhbach gegen drei zurzeit in der Zellenstrafanstalt Buhbach und im Zuchthaus Marienloch in Strafbefindliche Gefangene wegen Meuterei. Das Trio war im Februar im Gerichtsgefängnis in Gießen gemeinsam in einer Zelle untergebracht und hatte dort einen Ausbruchversuch gemacht, der aber mißlang. Das Gericht verurteilte einen der Angeklagten zu acht Monaten, die beiden andern zu je sieben Monate Gefängnis.

Bad Schwalbach. (Ein folgenschweres Jagderlebnis.) In der Schwalbacher Gemarkung war ein Bauer auf seinem Acker damit beschäftigt Kartoffeln auszumachen. In der Nähe weilten zwei Jäger, darunter der pensionierte Beamte S., der nach einer aufgehenden Hühnerkette schief. Vermutlich prallte ein Schrot ab und verletzte den Bauer derart am linken Unterarm, daß Arbeitsunfähigkeit eintrat. Das Amtsgericht Höchst hatte den Jäger wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen.

Wehlar. (Der Landtagsabgeordnete in Geistesverlegenheit.) In einem Wehlarer Hotel wurde der in den 40er Jahren stehende Ingenieur Konrad Franz aus Nieder-Salzbrunn in Schlesien wegen Kreditwindels festgenommen. Er trug sich als Landtagsabgeordneter in das Fremdenbuch ein und suchte seine augenblickliche Geldverlegenheit unter Hinweis auf einen in Kürze zu erwartenden Besuch zu bemänteln. Es gelang ihm daraufhin, verschiedene Feschwindelkarten auszuführen. Einem Chauffeur blieb er 22 Mark schuldig.



Generaldirektor Stimming †. Geheimrat Stimming, der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, ist im Alter von 55 Jahren gestorben.



Gandhi im Lendenschurz beim König. Der Besuch, den Gandhi dem König von England abstattete, hatte vorher die gespannte Erwartung ausgelöst, ob Gandhi sich zu europäischer Fünf- oder Sechseck-Kleidung entschließen oder ob er seiner Nationaltracht treu bleiben und so erscheinen würde. Gandhi blieb sich treu und trug wie immer seinen Lendenschurz zusammen mit dem selbstgewebten Schal, den die Wintertage erforderlich machte. — Unser Bild zeigt: Gandhi und Frau Rajdu auf dem Wege zum König.

Wer hilft der Hausfrau?

Die elektrische Energie ist zum modernsten und besten Helfer der Hausfrau geworden. Die günstigen Haushaltsstarke der Elektrifizierung werden für den elektrischen Strom täglich neue Gründe. Die schwerste und unangenehmste Hausfrauenarbeit, das Waschen, wird schon seit Jahren durch die elektrische Waschmaschine bis auf ein Minimum an Arbeit, Zeit und Kosten sehr wesentlich erleichtert. Gewissermaßen in einem Arbeitsgang kann bei den modernen elektrischen Waschmaschinen das Waschen, das Bleichen und das selbsttätige Ausspülen der Wäsche vor sich gehen. Dieser Zeit- und Kräftegewinn ist auch volkswirtschaftlich betrachtet bei den Millionen deutschen Haushaltungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Vielseitig und außerordentlich bemerkenswert sind auch die Fortschritte der deutschen Technik für die elektrische Küche und überhaupt den elektrischen Haushalt. Vielseitig ist etwa die Verwendbarkeit des Heizwasserheizers, für den Spülisch in der Küche, für das Badezimmer, den Toilettenisch und bemerkenswert sind andererseits die damit gegebenen finanziellen Ersparnisse (das Ausladen des Protos-Heizwasser-Heizers geschieht z. B. nachts mit billigerem Strom). Der hauptsächlich für größere Haushaltungen bestimmte Küchenmotor ferner kann eine ganze Reihe kleinerer Arbeitsmaschinen antreiben und beweist damit ebenfalls seine vielseitige Verwendbarkeit. Schneller, sauberer und hygienischer wird die Küchenarbeit durch einen derartigen elektrischen Protos-Küchenmotor. Viele Neubauwohnungen sind bekanntlich bereits mit einer ganzen elektrischen Kucheneinrichtung, dem Ideal jeder Hausfrau, ausgestattet. Man kann wohl sagen, was vor 20 Jahren der Gasherd, das ist für die Frau von heute der elektrische Herd. Schon auf einer elektrischen Protos-Doppelschichtplatte können alle Topf- und Pfannengerichte hergestellt werden. Der Familienherd vollends offenbart noch einmal konzentriert die rationellen Vorzüge der modernen elektrischen Kochweise: Nur zwei Drittel der Kochzeit braucht Strom bei selbsttätiger Schaltung (wichtig für die vielbeschäftigte Hausfrau), die Speisen werden im eigenen Saft, ohne Wasserzusatz gar, ein Anbrennen ist ausgeschlossen. Alle diese verschiedenen technischen Vorzüge zeigen damit sehr deutlich auch die großen wirtschaftlichen Vorteile, die die Anschaffungskosten sehr bald wieder ausgleichen dürften.

Einen organisatorischen Fortschritt erster Ordnung bedeutet die Einrichtung einer elektrischen Kühlanlage ähnlich wie die der Zentralheizung durch ein ganzes Wohnhaus. Die elektroautomatische Kühlung ist nach Einstöpselung des Steckers in die Lichtleitung betriebsfertig und arbeitet dann bei ökonomischem Stromverbrauch ohne Kühlwasser voll automatisch weiter. Hierin liegt ein hohes Maß von Rationalisierungserfolg. Dies ermöglichte zum wesentlichen die wissenschaftliche Forschung, die der deutschen Produktion in dem Methylenchlorid ein Kältemittel von einwandfreier Betriebsweise und absoluter Sicherheit übergab. Die selbsttätige Schaltung treffen wir bei den neuzeitlichen Ate-Haushalts- und Gewerbetätigkeiten ebenso wie vorher bei den elektrischen Küchengeräten (die selbsttätige Eis- und Eiscreme-Verbereitung erfordert weder Zeit noch Wartung). Wie der Vorzug des Familienherdes auf der erzielten trockenen Wärme, beruht er hier auf der trockenen Kälte bei gleichbleibender Temperatur, die die Batterietätigkeit (Kältehaltung der Vorräte) fernhält. Daß auf dem Gebiete des modernen Ate-Systems keine Massenfabrikation betrieben wird, ist sicherlich ein Vorzug dieses Industriezweiges. Qualitätsarbeit ist der beste Schrittmacher der Rationalisierung und des Erfolges, für die deutsche Industrie und für die deutsche Hausfrau.

Dipl.-Volksw. Schffert, Berlin.

Bei Krankentransporten u. Unglücksfällen

rußen Sie bitte an: Tel. Nr. 2976, Tel. Nr. 2452 oder Tel. Nr. 2382. Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.



Verwandlungs-Rätsel.

1. Ranne Elmer.
2. Bach Meer.

Wie kann man mit je zwei Hauptwörtern als Zwischenstufen eine Ranne in einen Elmer und einen Bach in ein Meer verwandeln, indem man jedesmal die beiden durch Sternchen angeordneten Buchstaben des vorhergehenden Wortes ändert?

Städte-Namen-Anagramme.

1. Zu Lene. 2. Eine Sach. 3. Ist nett. 4. In Welt.
5. Um Sterne. 6. Geld herbei.

Aus vorstehenden je zwei Wörtern ist je ein Städte-namen zu bilden. Wie lauten diese?

Zweifelhafte Schärade.

Eine kommt in Wintertagen,
Kann wohl dick und viele tragen;
Fleißig machst du von der andern
Jeden Tag Gebrauch beim Wandern.
Hast du beide als Gericht,
Glaub' ich, das vermachst du nicht.

Silben-Rätsel.

bronn bus har del e e em go gramm gum hdn heil hel
la ket lac lan land loo lot ml mich ni nt om pi ra
sta te ter thit tu u vall wa.

Aus vorstehenden 35 Silben sind 14 Wörter mit folgender Bedeutung zu bilden: 1. Deutscher Heerführer im Weltkrieg. 2. Französischer Königsräuber. 3. Pflanzenstoff. 4. Kurzes Sinngedicht. 5. Stadt in Böhmen. 6. Römischer Unterleib. 7. Lattenzaun. 8. Anderes Wort für Sittenlehre. 9. Militärische Reitertruppe. 10. Weiblicher Personennamen. 11. Nordseeinsel. 12. Schlachtfeld in Belgien. 13. Verkehrsmittel. 14. Tonkünstler.

Nach richtiger Bildung der Wörter ergeben die Anfangsbuchstaben dieser von vorn nach hinten und Endbuchstaben von hinten nach vorn ein Ritz aus Goethes Sängern.

Auflösungen aus voriger Nummer:

Ergründungs-Rätsel: Krise Amelie Rassel Tratte Ostern Frost Flug Esau Lehre Fries Epik Ueber Elias Rente. — Kartoffelweiser.

Kreuzwort-Rätsel: a) Von links nach rechts: 1. Nora, 5. Eden, 9. Ober, 10. Robe, 11. Riga, 12. Brot, 13. Alpen, 15. Ar, 16. Po, 17. Galle, 21. Dorn, 23. Oslo, 25. Jean, 26. Heil, 27. Ebbe, 28. Erde. — b) Von oben nach unten: 1. Normandie, 2. Obi, 3. Rega, 4. Abal, 5. Erde, 6. Dorn, 7. Abi, 8. Metropole, 14. Pol, 17. Grab, 18. Anne, 19. Lohr, 20. Esel, 22. Erb, 24. Bib. — Brustbild-Aufgabe: Maske Porto Spind Ueber Lager. — Montag.

Zufrieren bringt stets Erfolg.